

Kreisumlage: CDU hält Wort

Ende Februar tagten die Fraktionsvorsitzenden, die Finanzausschussvorsitzende Britta Krey, der Landrat mit Vertretern der Verwaltung und die hauptamtlichen Verwaltungsleiter des Kreises Pinneberg, um über die Kreisumlage zu diskutieren. Anschließend hatte der CDU-Fraktionsvorstand auch die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zum Dialog eingeladen. In beiden Sitzungen wurde deutlich, dass die Kommunen größten Wert auf Senkung der Kreisumlage legen und kostenintensive Projekte des Kreises ablehnen, mit denen die Städte und Gemeinden angeblich entlastet werden sollten.

Fraktionen wie SPD und AfD, die in den letzten Wochen und Monaten versucht haben, mit Millionenbeträgen für nicht durchdachte Projekte den Überschuss des Kreises zu minimieren, erteilt die CDU eine entschiedene Absage. So wollte die SPD pauschal Millionen für ein Gründerzentrum bereit stellen und dafür kostspielige externe Berater engagieren, ohne IHK, WEP oder andere relevante Akteure bisher einbezogen zu haben. Die AfD wollte 5 Mio. Euro pauschal für ein Wasserstoffzentrum investieren, ohne zu wissen, wo und wofür und ohne Berücksichtigung, dass ein solches in unmittelbarer Nähe des Kreises bereits geplant ist. All das ist unkontrollierter Aktionismus. Das Gründerzentrum wollen CDU, Grüne und FDP auch auf den Weg bringen. Erfolgreich wird es aber nur sein, wenn man vorher Hirnschmalz und nicht nur Geld eingesetzt hat.

In erfolgreichen Verhandlungen haben Heike Beukelmann und Britta Krey sich mit den anderen beiden „Jamaika-Fraktionen“ auf eine 2%ige Senkung der Kreisumlage geeinigt. Wenn Hannes Birke (SPD) nun gegenüber der Pinneberger Zeitung anmahnt, dass die Bürgermeister 3,25 % gefordert hätten, er andererseits aber auf seine teuren Spielwiesen auch nicht verzichten will, so muss man sich fragen, ob der ehemalige Finanzausschussvorsitzende Birke überhaupt die Grundrechenarten beherrscht.

Nebenstehend finden Sie die Pressemitteilung, die unser Pressesprecher im Namen der 3 Fraktionen verfasst hat:

CDU, Grüne und FDP für 2 %

CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP haben sich heute für eine Kreisumlagensenkung um 2 % ausgesprochen und an den Kreistag einen entsprechenden Antrag gestellt. Damit ist das Anhörungsverfahren der Kommunen des Kreises Pinneberg eröffnet.

Schon vor 2 Jahren habe die SPD mit einer Reihe von „Wohltaten“, die sie sich für die Kommunen ausgedacht hätten, eine Senkung der Kreisumlage verhindern wollen, so die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann. So habe man kurz vor den Haushaltberatungen noch hektisch versucht, eine Sozialstaffel auf den Weg zu bringen, die am Ende des Tages gerade bedürftigen Familien nichts gebracht hätte. Damals habe man sich nicht beirren lassen.

Ca. achteinhalb Millionen Euro wollen CDU, Grüne und FDP den Kommunen über die Kreisumlagensenkung zukommen lassen, erklären die Fraktionschefs Thomas Giese (Bündnis 90/Die Grünen), Olaf Klampe (FDP) und Heike Beukelmann. Die drei Jamaika-Fraktionen werden konsequent ihre Linie verfolgen. Bürgermeister, Stadt- und Gemeinderäte in den einzelnen Kommunen sollten selbst entscheiden, wofür sie ihre ohnehin knappen Mittel verwenden. Auch wenn es nicht überall Millionenbeträge wie etwa in Elmshorn sein würden, so wäre die geplante Entlastung selbst für kleinste Gemeinden hilfreich, erklärt Thomas Giese. Ob ein neues Spielgerät für den Kindergarten oder Schutzkleidung für die Feuerwehr, alles verursache Kosten. Gerade die Bürgermeister in den Dörfern müssten jeden Cent dreimal umdrehen, bevor sie ihn ausgeben, so Olaf Klampe.

Bürgermeister Rolf Lammert (Bönningstedt) habe bei einem Treffen der CDU mit ehrenamtlichen Bürgermeistern es für seine Gemeinde auf den Punkt gebracht: 100.000 Euro haben oder nicht haben, da müsse man nicht drüber nachdenken. Und ein anderer Bürgermeister stellte fest, dass für ein sehr kleines Dorf selbst 16.000 Euro eine Menge Holz seien. „Mit seinen Plänen, den Städten und Gemeinden vorzugeben, was gut für sie sei, ist Hannes Birke (SPD) krachend gescheitert“, so Beukelmann. Sie begrüße es sehr, dass Grüne und FDP mit im Boot seien.

EDITORIAL



Liebe Leserinnen und Leser,

hinter uns liegen ein konstruktives Gespräch des Fraktionsvorstandes mit den ehrenamtlichen Bürgermeistern der CDU, eine intensive Klausurtagung im EDZ Elmshorn am 7. März sowie erfolgreiche Verhandlungen mit Bündnis 90/Die Grünen und FDP über die Senkung der Kreisumlage.

Vor uns liegt eine ungewisse Zeit. Niemand kann eine genaue Prognose abgeben, worauf wir uns beim Corona-Virus einstellen müssen und wie lange die Situation andauern wird. Wir wissen, dass wir uns alle einschränken müssen und dass alles komplizierter wird. Wir werden weniger soziale Kontakte haben, und die Situation wird zunehmend komplexer und herausfordernder. Dies machen die weiter steigenden Fallzahlen der an Corona Infizierten und die stärker werdenden Einschränkungen in der Gemeinschaft und im sozialen Leben deutlich.

Einige wenige halten sich immer noch nicht an die zum Schutz aller erlassenen Vorschriften. Sie verhalten sich leichtfertig und gefährden damit nicht nur die Gesundheit der Älteren und chronisch Kranken, sondern unserer gesamten Gesellschaft. Daher appelliere ich an die gesamte Bevölkerung im Kreis Pinneberg: Halten Sie sich an die Vorgaben, damit diese Ausnahmesituation bestmöglich überwunden werden kann – denn es ist tatsächlich ernst!

Danken möchte ich allen, die unermüdlich im Dienst sind, ob haupt- oder ehrenamtlich im Gesundheitswesen, in der Nachbarschaftshilfe, bei der Polizei oder auch im Bereich der Lebensmittelbranche. Sie alle leisten hervorragende und unverzichtbare Arbeit. Wenn wir weiterhin zusammenhalten, können wir diese Herausforderung meistern.

Ich wünsche Ihnen von ganzem Herzen, dass Sie gesund bleiben, Ihre

Heike Beukelmann
Fraktionsvorsitzende

Birke (SPD) reagiert hilflos auf Senkung der Kreisumlage

Die Absicht der „Jamaika-Koalition“ im Kreistag, die Kreisumlage um 2 Punkte zu senken, werde laut Burkhard Fuchs im Abendblatt von H. Birke (SPD) angeblich „gekontert“, da damit „keineswegs die Forderungen der Städte und Gemeinden befriedigt seien“. Eine Senkung der Kreisumlage sei kein Ersatz für eine „inhaltliche Politik“. So werde die SPD sich weiterhin für die Schülerbeförderung einsetzen und einen nennenswerten Betrag zur Verfügung stellen, um ein Gründungs- und Technologiezentrum anzuschieben, das die Wirtschaft ankurbeln solle.

Diese Einlassungen machen deutlich, wie hilflos Birke sich zeigt angesichts der erneuten Isolation der SPD im Kreistag. Schon für die Erstellung des Handlungsplans für ein Gründerzentrum sollten aus Sicht der CDU insbesondere die Wirtschaftsförderer der kreisangehörigen Städte und Gemeinden, die IHK, die Handwerkskammer und die Hochschulen im Kreisgebiet mit einbezogen werden. Die SPD aber will einen „nennenswerten Betrag zur Verfügung stellen“. Torsten Hauwetter (CDU) machte im Ausschuss für Wirtschaft, Regionalentwicklung und Verkehr (WRV) deutlich, dass diese Akteure die meisten der für die Meinungsbildung der Politik entscheidenden Fragen selber beantworten könnten:

Welche Anforderungen soll das Gründerzentrum erfüllen? Welche Trägerschaft ist möglich? Welche Möglichkeiten der Finanzierung gibt es? Wie kann eine finanzielle Beteiligung der Kommunen aussehen? Gibt es Förderprogramme für Gründerzentren durch EU / Bund / Land / Stiftungen? Wo gibt es bereits Gründerzentren, wie wurden diese finanziert, welche Erfolgs- und Erfahrungswerte gibt es? Wie kann der optimale Standort gefunden werden?

Die SPD sieht die Notwendigkeit von 30.000 Euro, davon 15.000 vom Kreis. Torsten Hauwetter erklärte im WRV am 10. März, dass aktuell kein Bedarf für die Bereitstellung von 15.000 Euro durch den Kreis gesehen werde. Die Finanzierung liege derzeit bei der WEP. Lediglich für die Standortfrage werde ein Bedarf für externe Beratung erforderlich. Er beantragte für die CDU, die Entscheidung ohne ein abschließendes fachliches Votum des WRV im Finanzausschuss zu treffen. Bis dahin sollten noch offene Fragen geklärt werden.

Interessant am Rande ist, dass die AfD grundsätzlich für die Errichtung eines Gründer- und Technologiezentrums im Kreis Pinneberg sei, sie dem Antrag jedoch nicht zustimmen werde, „weil der Ausschuss den Antrag ihrer Fraktion auf Förderung der Errichtung eines Zentrums für Wasserstofftechnologie abgelehnt habe“!! Das zeigt einmal mehr, dass es der AfD an konstruktiver Mitarbeit im Kreistag nicht gelegen ist.

Klausurtagung der Kreistagsfraktion



Viel ist seit dem letzten NewsLetter nicht passiert auf der politischen Bühne des Kreistags. Bedingt durch die Corona-Krise fielen die meisten Sitzungen aus. Nur wenige Ausschüsse tagten noch am Anfang des Monats. Glücklicherweise hat die CDU-Fraktion die meisten wichtigen Entscheidungen noch vor dem „Shut Down“ treffen können.

Am 7. März ging die CDU-Kreistagsfraktion in eine eintägige Klausur zur Beratung über den Nachtragshaushalt.



Die fachpolitischen Sprecher stellten die Vorhaben ihrer Teilfraktionen vor. Hier: Britta Krey für den Finanzausschuss (oben) und Ortwin Schmidt (Jugendhilfeausschuss)



Insbesondere für die Beratung zur Kreisumlage hat sich die Fraktion die nötige Zeit genommen.



Kreispräsident Helmuth Ahrens an die Abgeordneten des Kreistages

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir alle erleben in diesen Zeiten, wie sehr und wie schnell sich bekannte Situationen verändern und auf die für viele Menschen wichtige Planbarkeit von Abläufen verzichtet werden muss. Gemeinsam werden wir aber durch diese Krise kommen; der Zusammenhalt in der Bevölkerung, das gemeinsame Agieren über Parteigrenzen hinweg ist für mich ein kleiner Lichtblick in dieser schrecklichen Zeit.

Gemäß Sitzungskalender steht am 22. April die nächste Sitzung des Kreistages an. Meine Meinung ist, diese Sitzung abzusagen. Ihre (und auch meine) Gesundheit zu schützen steht für mich unabdingbar im Vordergrund. Allerdings, und dieses wurde mir in den letzten Tagen aus einigen Städten und Kommunen sehr deutlich mitgeteilt, warten viele auf einen Beschluss zur Senkung der Kreisumlage, auch um etwas mehr finanziellen Spielraum für die Kommunen zu erhalten. Leider bietet die aktuelle Gesetzes- und Erlasslage nur wenig Möglichkeit, eine Gesundheitsgefährdung der Mitglieder des Kreistages auszuschließen. Abstimmungen per Mail sind nicht zulässig, die Öffentlichkeit darf nicht ausgeschlossen werden.

Der Landkreistag hat auch auf meine Bitte hin am Wochenende gegenüber dem Innenministerium den Versuch unternommen, eine Klarstellung in der Hinsicht zu erhalten, dass einerseits politische Entscheidungen getroffen werden können, zum anderen die Gesundheitsgefährdung der Abgeordneten durch veränderte

Rahmenbedingungen reduziert werden kann. Ich hoffe, dass wir kurzfristig eine Antwort aus dem Innenministerium erhalten werden, welche auch die gestern beschlossenen weiteren Verschärfungen berücksichtigt.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich daher bislang noch keine finale Entscheidung bezüglich der Kreistags-Sitzung getroffen habe. Meine persönliche Meinung habe ich Ihnen mitgeteilt. Eine Entscheidung wird selbstverständlich in Absprache mit den Fraktionsvorsitzenden und dem Landrat getroffen.

Ihnen allen einen schönen Wochenstart und passen Sie bitte auf sich auf.

Mit freundlichen Grüßen



Helmuth Ahrens, Kreispräsident

Geburtstage

Am 17. März ist unser Fraktionsgeschäftsführer und Pressesprecher

Burkhard E. Tiemann

75 Jahre alt geworden. Auch vor einem solchen Ehrentag hat der Coronavirus nicht Halt gemacht. So ist alles in diesen Tagen anders, nur eines bleibt: Der Newsletter der CDU-Kreistagsfraktion erscheint auch in schwierigen Zeiten, obwohl Burkhard E. Tiemann seit dem 14. März in Dänemark in Quarantäne festsitzt. Dennoch lässt er allen Interessierten per Mail oder Newsletter wichtige Informationen über das Geschehen im Kreis und im Kreistag zukommen.

Unser langjähriges Fraktionsmitglied

Linda Nehl

hat am 11. März ihren 80. Geburtstag in Elmshorn gefeiert. Unter den Gästen die CDU-Fraktionsvorsitzende Heike Beukelmann, Kreispräsident Helmuth Ahrens, sein Vorgänger B. E. Tiemann, die Kreisvorsitzenden der CDU und der Senioren-Union, Chr. von Boetticher und Josef Werner, der Bundestagsabgeordnete Michael von Abercron sowie die Landtagsabgeordnete Barbara Ostmeier.

Linda Nehl hatte auf Geschenke verzichtet und anstelle dessen um Spenden für den Verein „Gemeinsam e.V.“ gebeten. Über 1.100,- Euro sind so zusammengekommen, mit denen benachteiligten Kindern im Kreis Pinneberg geholfen werden kann.



„Weit mehr als ihr halbes Leben für die Partei“, so könnte die Überschrift über der Vita von Linda Nehl lauten. Schon während ihrer 29-jährigen Tätigkeit in der Parteizentrale der CDU, 17 Jahre davon als Geschäftsführerin, begann 1994 ihre politische Karriere im Kreistag als Abgeordnete und Fraktionsgeschäftsführerin. So gewann sie den schwierigen Wahlkreis in Elmshorn direkt und wurde u.a. zur Kreisrätin gewählt. Von 2003 an war sie 5 Jahre lang stellvertretende Kreispräsidentin. Das Amt der Fraktionsgeschäftsführerin übte sie gewissenhaft und mit größter Akribie aus.



Noch heute bringt sie sich als bürgerliches Mitglied mit Sachverstand und Herzblut in die Entscheidungsprozesse der Kreistagsfraktion ein.

**Im
Profil:**

Burkhard E. Tiemann



wurde im 2. Weltkrieg auf der Flucht aus Königsberg (heute Kaliningrad) als jüngstes von 6 Kindern geboren und ist in Hamburg aufgewachsen. Hier hat er die Wissenschaftliche Oberschule in Wilhelmsburg sowie das Bondenwald-Gymnasium in Niendorf besucht. Nach Ableistung des Wehrdienstes bei der Luftwaffe machte er sich bereits mit 21 Jahren selbständig, im Laufe der Zeit u.a. mit einer Modeboutique in Pinneberg, einer Discothek, einem Musikverlag, einer Künstleragentur sowie einer Werbeagentur.

Er war zweimal verheiratet und hat drei Söhne. 1966 zog er nach Holm, 1969 nach Pinneberg und 1984 nach Bönningstedt. Heute lebt er in Kummerfeld. Zur Politik kam Burkhard E. Tiemann durch einen Auftrag an seine Werbeagentur, für die CDU eine Wahlkampfkampagne mit 45 Großveranstaltungen für den Landtagswahlkampf 1983 durchzuführen.

Schon 1986 wurde er Ortsvorsitzender in Bönningstedt. Später übernahm er auch den Fraktionsvorsitz in Bönningstedt. 1987 wurde er zum ersten Mal in den CDU-Kreisvorstand gewählt, dem er ununterbrochen 31 Jahre lang angehörte.

1994 wurde er direkt in den Kreistag gewählt. Hier wurde er gleich Sportausschuss-Vorsitzender. Als ein Jahr später aus den damals 3 Ausschüssen Sport, Schule und Kultur der SKS gebildet wurde, wählte man ihn zum ersten SKS-Vorsitzenden im Kreis.

2003 wählte der Kreistag ihn zum Kreispräsidenten. Dieses Amt übte er 15 Jahre lang leidenschaftlich aus und ist damit dienstältester Kreispräsident im Kreis Pinneberg. In seiner Amtszeit wurde er auch in den Vorstand des Landkreistages gewählt. 2016 wurde er mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

Heute dient Burkhard E. Tiemann der CDU-Kreistagsfraktion als Geschäftsführer und Pressesprecher, in Kummerfeld ist er Ortsvorsitzender und stellv. Fraktionsvorsitzender.

Neben der Politik gehört der Fußball zu seinen liebsten Hobbies. Bei Einigkeit Wilhelmsburg und Victoria Hamburg spielte er u.a. mit G. Piechowiak zusammen, der später beim HSV Karriere machte. Bis 2003 war er als Trainer beim SV Rugenbergen tätig.

Seine größten sportlichen Erfolge feierte er aber im Boxen beim TSV Wedel: Unvergessen bleibt für ihn sein Kampf gegen Jürgen Blin, den er zwar verlor. Aber Blin ist immerhin Europameister bei den Profis gewesen und hat gegen Muhammad Ali um die Weltmeisterschaft gekämpft.

Neue Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung des Coronavirus

Der Kreis Pinneberg hat heute seine Allgemeinverfügung angepasst, die zusammen mit der neu von der Landesregierung erlassenen Rechtsverordnung erweiterte Maßnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus enthält.

Der Aufenthalt im öffentlichen Raum ist nur noch alleine, mit einer weiteren nicht im Haushalt lebenden Person oder im Kreis der Angehörigen des eigenen Hausstands gestattet. Dabei sind die Kontakte zu anderen Personen auf ein absolut notwendiges Minimum zu reduzieren und, wo immer möglich, ein Mindestabstand von mindestens 1,5 Metern einzuhalten. Der Weg zur Arbeit, zur Notbetreuung, Einkäufe, Arztbesuche, erforderliche Termine und Prüfungen, Hilfe für andere oder individueller Sport und Bewegung an der frischen Luft sowie andere notwendige Tätigkeiten bleiben weiter möglich.

Nicht unter den Veranstaltungsbegriff fällt die Teilnahme am öffentlichen Personennahverkehr oder der Aufenthalt an einer Arbeitsstätte. Private Veranstaltungen wie Geburtstagsfeiern, Grillabende oder ähnliche Veranstaltungen, sind jetzt komplett untersagt (vorher bis max. 5 Personen zulässig). Dies gilt auch in Wohnungen, auf Privatgrundstücken und in privaten Einrichtungen. Kontakte zu anderen Personen außerhalb der Angehörigen des eigenen Hausstandes sind auf ein absolut nötiges Minimum zu reduzieren.

Sitzungen von staatlichen und kommunalen Gremien (Sitzungen der Stadt- und Gemeindevertretungen, des Kreistags sowie der Amtsausschüsse und der Verbandsversammlungen kommunaler Zweckverbände) sind unter Beachtung der Hygienehinweise des Robert-Koch-Institutes gestattet. Allerdings sind sie auf das unbedingt Erforderliche zu beschränken. Für diese Sitzungen gelten keine räumlichen Zutrittsbeschränkungen, sodass sie bei Bedarf auch unter anderem in Sporthallen, Räumen in Schulen sowie in Gaststätten durchgeführt werden können. Speisen oder Getränke dürfen nicht serviert werden.

Die Allgemeinverfügung tritt ab sofort in Kraft und ist unter www.kreis-pinneberg.de einsehbar.

Die neue Rechtsverordnung des Landes regelt noch differenzierter, welche Dienstleistungen weiter angeboten und welche Geschäfte weiter geöffnet bleiben können oder auch geschlossen werden müssen.

Eine Liste der erlaubten Verkaufsstellen und der erlaubten Dienstleistungs-, Behandlungs- und Handwerkstätigkeiten ist auf der Internetseite der Landesregierung veröffentlicht (www.schleswig-holstein.de).

Die Verordnung tritt am 19. April außer Kraft.

TERMINE

gibt es für den kommenden Monat und bis auf weiteres nicht. Sollte die Kreistagssitzung am 22. April 2020 stattfinden, wird der NewsLetter darüber berichten.

Die Mitglieder des Kreistages und die Öffentlichkeit werden von der Kreisverwaltung und durch die Medien rechtzeitig informiert.

Anstelle von Terminen erhalten Sie an dieser Stelle wichtige Telefonnummern zum Gebrauch bei Coronavirus-Verdacht.

Die Regierung empfiehlt: Bei Covid-19-Symptomen ist es besser anzurufen, statt im Wartezimmer zu sitzen.

- **116 117:**
Ärztlicher Bereitschaftsdienst
- **115:**
Einheitliche Behördennummer
- **0800 011 77 22:**
**Unabhängige
Patientenberatung
Deutschland**
- **030 346 465 100:**
**Bürgertelefon des
Bundesgesundheits-
ministeriums**

IMPRESSUM

Herausgeber: Der Vorstand der CDU-Fraktion im Pinneberger Kreistag
Redaktion/Produktion: Burkhard E. Tiemann
Fotos: CDU, B. E. Tiemann
Redaktionsadresse:
CDU-Kreisgeschäftsstelle
Rübekamp 72 | 25421 Pinneberg
Tel.: 04101 / 22927 | Fax: 04101 / 591761
Email: b-e-t@gmx.de
www.cdu-kreistag-pinneberg.de